

Von der Gesundheits- zur Migrationskrise?

Wie wir der Klimamigration nach der Corona-Zeit begegnen müssen

von Benjamin Schraven,

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)



Die aktuelle Kolumne

vom 30.03.2020

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute



Immer mehr Fallzahlen zeugen von der Ausweitung der Corona-Krise, weltweit und auch in Deutschland. Manche stellen sich bereits eine sensible Frage: Finden wir neben den medizinischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die die Pandemie mit sich bringt, vielleicht zu einem neuen gesellschaftlichen Miteinander? Ist es möglich, dass wir danach auch andere globale Probleme anders angehen? Die Liste dieser globalen Herausforderungen reicht von der Bekämpfung von Hunger und der Klimakrise bis hin zum Umgang mit Migration. Ob dieser Optimismus gerechtfertigt sein mag oder nicht: Wir dürfen diese langfristigen Herausforderungen nicht aus den Augen verlieren und auch nicht isoliert voneinander betrachten. Gerade den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration müssen wir aufgrund der sich abzeichnenden Klimakrise sehr ernst nehmen. Wissenschaft, aber vor allem auch Politik und Zivilgesellschaft waren hier bis dato zu zögerlich und müssen umsteuern.

„Migration kann auch eine Anpassungsstrategie an den Klimawandel sein“

Schon lange gibt es Szenarien, nach denen sich bald Millionen sogenannte „Klimaflüchtlinge“ auf den Weg nach Europa machen könnten. Diese Befürchtungen haben die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema „Klimamigration“ begünstigt: Zahlreiche größere und kleinere Forschungsprojekte zum Zusammenhang zwischen Erderwärmung und menschlicher Mobilität wurden seit den 2000er Jahren initiiert. Die Ergebnisse zeigen, dass der Zusammenhang von Klimawandel und Migration wesentlich komplexer ist als gemeinhin angenommen. Auch in bereits vom Klimawandel besonders betroffenen Gebieten sind es wirtschaftliche, soziale oder politische Gründe, die dazu führen, dass Menschen ihre Heimat verlassen. Ob ein Migrationsprozess nun „klimainduziert“ oder gar eine „Klimaflucht“ ist oder nicht, ist schwer zu sagen.

Häufig handelt es sich um Prozesse von zirkulärer Arbeitsmigration, bei denen nicht ganze Familien, sondern Individuen – meist zeitlich begrenzt – ihre Heimat verlassen. Unter Umständen können durch das so verdiente Geld klimabedingte Schäden wie Ernteverluste wieder ausgeglichen werden: Migration kann auch eine Anpassungsstrategie an den Klimawandel sein. Da besonders ärmere Bevölkerungsgruppen im globalen Süden betroffen sind, sind Szenarien eines von Klimawandel hervorgerufenen Massenansturms in Richtung Europa eher unrealistisch. Denn dazu fehlen den allermeisten Betroffenen die notwendigen finanziellen Ressourcen.

Viele Menschen sind gar so arm, dass sie auch trotz der schlimmsten Folgen von Umwelt- und Klimawandel nirgendwohin migrieren können.

Diese Ergebnisse beruhen allerdings auf einer Betrachtung des Status Quo. Wir müssen davon ausgehen, dass sich die Folgen des Klimawandels in den nächsten 30 Jahren immer heftiger äußern werden, dass Territorien vor allem aufgrund des Meeresspiegelanstiegs verschwinden oder unbewohnbar werden. Dann werden wir wohl auch ganz neue Migrationsdynamiken erleben. Bisher war die Forschung zum Thema „Klimamigration“ sehr auf die Frage ausgerichtet, welche Rolle der Klimawandel nun ganz genau für Migrationsentscheidungen und -prozesse spielt. Wir brauchen aber eine Hinwendung zu den Erfahrungen und spezifischen „Migrationswirkungen“ im Kontext von Umwelt- und Klimawandel. Letztendlich muss es auch darum gehen, konzeptionelle und politisch sehr relevante Fragen besser zu beantworten. Dazu zählt vor allem die Frage, unter welchen Umständen und welche Formen von Mobilität als Anpassungs- oder Bewältigungsstrategie gelten können. Notwendig sind dafür auch eine bessere interdisziplinäre Forschung, eine bessere Verknüpfung verschiedener Forschungsmethoden oder eine Analyse großer Datenmengen (zum Beispiel Mobilfunkdaten). Ebenso wichtig sind mehr Langzeitstudien und Studien in Ländern und Regionen, welche bis dato noch kaum betrachtet wurden hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Klimawandel und (Binnen-)Migration – dazu zählt auch Europa.

Dies muss natürlich auch von der Politik unterstützt werden. Migration ist zwar schon seit 2010 ein Thema bei den UN-Klimakonferenzen. Auch gibt es internationale Initiativen wie die *Platform on Disaster Displacement*, die sich des Themas annehmen. Politische und zivilgesellschaftliche Akteure von der globalen bis zur lokalen Ebene waren aber bis jetzt insgesamt zu zögerlich, wenn es um konkrete Maßnahmen geht, wie der klimabezogenen Migration begegnet werden kann. Aus Sicht der Wissenschaft benötigen wir ein politisches Leitbild, um Migration im Kontext des Klimawandels – und darüber hinaus – zu gestalten. Dazu sollte gehören: Zwangsmigration bestmöglich zu verhindern, die positiven Potentiale von Migration (zum Beispiel durch Regelungen zu regionaler Personenfreizügigkeit) zu maximieren und Risiken und negative Aspekte wie Menschenhandel oder die Ausbeutung von Migranten zu minimieren. Statt primär jegliche Migration unterbinden zu wollen, wäre ein Verinnerlichen dieses Leitbilds auf allen politischen und zivilgesellschaftlichen Ebenen und Sektoren ein probates Mittel, der „Klimamigration“ zu begegnen. Es muss ja nicht immer erst zur Krise kommen.